



Region Hamburg
AK Senioren

Rentenpolitische Tagung

Generationenvertrag erneuern! – Altersarmut verhindern!

Wie und mit wem?

am 31.08.2016

Ergebnisse und Erkenntnisse

Wolfgang Domeier, Leitung AK Senioren Region Hamburg
Themenbereich: Sozialpolitik - Rente



➤ **Kompetente Referenten:**

| | |
|-----------------------------|---|
| Peter Seeger | Geschäftsführer IG Metall KERN |
| Frank Hornschu | Vorsitzender DGB Region Kiel (Tagungsleitung) |
| Reiner Heyse | Seniorenauftand / Rentenpolitikwatch (Organisation) |
| Klaus Barthel | AfA-Bundesvorsitzender der SPD |
| Matthias W. Birkwald | M.d.B. DIE LINKE – Rentenpolitischer Sprecher |
| Hans-Jürgen Urban | Vorstand IG Metall - FB Sozialpolitik |
| Wolfgang Schneider | Vorsitzender SoVD Schleswig-Holstein |
| Benjamin Raschke | Stv. Vors. SPD Ratsfraktion Kiel |
| Holger Balodis | Journalist und Buchautor „Die Vorsorgelüge“ u.a. |
| Nils Aulicke | Hansa48 – Kulturbeiträge (u.a. von Johannes Müllner) |

➤ **Und ein volles Plenum:**

rund 130 Teilnehmer **aus verschiedenen Organisationen der Region**



➤ **Begrüßung durch Peter Seeger (IG Metall KERN):**

Mit dem reißerischen Aufmacher „Deutsche Rentner kaufen Gold!“ hatten die „Kieler Nachrichten“ gerade tags zuvor die Situation der norddeutschen Rentner charakterisiert.

Peter Seeger begrüßte die Teilnehmer mit dem Hinweis auf und Kritik an der Propaganda, die inzwischen gegen die Rentner in Stellung gebracht wird. Dieser Meinungsmache entgegenzuwirken, müsse auch ein Ergebnis von Veranstaltungen wie dieser sein.

➤ **Kulturelle Beiträge von Nils Aulicke:**

Zwischen den Vorträgen der Referenten trug Nils Aulicke Gedichte von Johannes Möllner und Prosa über das Arbeitsleben aus den vorigen Jahrhunderten vor.

Der Vortrag und die Inhalte wurden mit viel Beifall bedacht



➤ Einführung durch Reiner Heyse (Seniorenaufrüstung):

Einem Tarifvertrag, mit dem die Löhne innerhalb von 30 Jahren um 25% sinken, würden Streiks und Aufstände folgen - in der gesetzlichen Rente ist dies bereits Wirklichkeit.

Wir können (und müssen) Einfluss nehmen. Will die Gesellschaft die Ruheständler nur als ökonomische Last sehen, oder muss nicht das Ziel: „**Alter ohne Not ist Grundgesetzgebot!**“ in die Verfassung geschrieben werden, so wie es der Kreis der DGB-Senioren aus Hamburg um Johannes Müllner fordert.

Der jungen Generation wird eingeredet, sie werde von den Alten ausgebeutet. Deshalb müssten sie heute nicht nur 9,4% Beiträge zahlen, sondern zusätzlich noch 4% - 10% von ihrem Brutto privat „riestern“, um spätere Altersarmut zu vermeiden.

Mit der Situation Chiles vor Augen, wo am 21.08. über 1 Million Menschen demonstriert haben, weil ihr vor 35 Jahren auf private Kapitaldeckung umgestelltes Versorgungssystem zusammengebrochen ist (nach unseren Verhältnissen wären dies hier 5 Millionen Menschen) ruft Reiner Heyse die linken Parteien, Organisationen, Sozialverbände und Gewerkschaften zum gemeinsamen Vorgehen auf.

Die aktuelle „Rentenpolitische Tagung“ soll uns diesem Ziel näherbringen.



➤ Hans-Jürgen Urban (Vorstand IG Metall)

Auch Hans-Jürgen Urban kritisierte die Medienberichterstattung und beglückwünschte den „Seniorenaufrüst“ zu der deutlichen Sprache ihres Slogans **„Wer Rentner quält, wird nicht gewählt!“**

Mit Verweis auf die Rentenkampagne der IG Metall fasste er deren Positionen und Forderungen zusammen:

- Bedarfs- und verteilungsgerechte Neuordnung des Rentensystems
- Rentenniveau deutlich erhöhen und Demografiereserve schaffen
- Einheitliches Rentensystem mit Beitragspflicht für alle
- Die betriebliche Altersvorsorge soll eine gestärkte gesetzliche Rente ergänzen, sie aber nicht teilweise ersetzen

Er drückte auch sein Bedauern darüber aus, dass mit Walter Riester ausgerechnet ein IG Metalller den Boden für die Privatisierung der Altersvorsorge bereitet hat.



➤ Matthias W. Birkwald (MdB, rentenpolitischer Sprecher)

DIE LINKE fordert ebenfalls, zur gRV als lebensstandardsicherndem Vorsorgesystem zurückzukehren und das Rentenniveau wieder auf 53% zu erhöhen.

Auch er stellt dar, dass die gRV-Rente weit weniger von der demografischen als von der wirtschaftlichen Entwicklung (Produktivität) abhängig und das Umlagesystem der gRV krisenfester als das privatwirtschaftliche Kapitalmarkt-System ist.

Konkret fordert auch er:

- Das Rentenniveau auf 53% erhöhen und eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente von 1.050 € Netto
- Eine einheitliche Erwerbstätigenversicherung mit Beitragspflicht für alle Erwerbstätigen
- Arbeitsmarktpolitische Korrekturen und 12 € Mindestlohn um in der gRV eine Rente oberhalb der heutigen Grundsicherung im Alter erwirtschaften zu können
- Private Altersvorsorge zählt nicht zur Lebensstandardsicherung. Die muss die gRV wieder alleine sichern

DIE LINKE belegt ihr Konzept mit Zahlen und Fakten, die im Internet abrufbar sind (www.matthias-w-birkwald.de).

Ablauf: Rentenkonzept der AfA (SPD)



Region Hamburg
AK Senioren

➤ Klaus Barthel (MdB, AfA Bundesvorsitzender)

Die AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) hat ebenfalls ein umfassendes Konzept zur Rentenreform vorgelegt. Eine Mehrheit hierzu in der SPD muss aber noch hergestellt werden. Konkret fordert auch er:

- Lebensstandardsicherndes Rentenniveau aus der gRV ist unverzichtbar
- Vorbeugung gegen Armut durch 0,5 Entgeltpunkte für Zeiten von Langzeitarbeitslosigkeit, Höherbewertung von Armutslohn-Zeiten, Verbesserungen bei Erwerbsminderungsrente
- Neuaufbau der (gRV) als Erwerbstätigenversicherung für alle Erwerbstätigen
- Dämpfungsfaktoren abschaffen und private Versorgungswerke (Riester) mit Vertrauensschutz wieder in die gRV überführen
- Ordnung am Arbeitsmarkt und im Steuersystem (Vermögenssteuer) wieder herstellen
- Beitragsungedekte Leistungen aus Steuermitteln finanzieren.

Der Übergang zur Erwerbstätigenrente muss grundgesetzlichen Vorgaben genügen. (Beamtenrecht, notwendige Abflachung der Rentenansprüche für Spitzenverdiener etc.)



➤ **Holger Balodis (Autor: „Die Vorsorgelüge“ u.a.)**

Steht vollständig hinter dem „Seniorenaufrüst“.

- Neuaufbau der gesetzlichen Rentenversicherung (gRV) als Erwerbstätigenversicherung für alle Erwerbstätigen unverzichtbar
- 53% Rentenniveau ist eher zu wenig
- Erfolg ist nur mit Bündnispartnern möglich

➤ **Benjamin Raschke (Stv. Vors. Ratsfraktion der SPD in Kiel)**

Informiert über den Runden Tisch „Altersarmut in Kiel“

- Probleme sind vor Ort konkret – Betroffene sind schwer erreichbar
- Altersarmut öffentlich machen
- Stadtteilentwicklung
- Aufbau eines Bündnisses gegen Altersarmut mit allen gesellschaftlichen Gruppen



➤ Wolfgang Schneider (Vors. SoV in Schleswig-Holstein)

Er vertritt 140.000 Mitglieder in Schleswig-Holstein

- Das Rentenmodell mit privater Vorsorge ist gescheitert
- Die gRV muss auf neue, stabile Füße gestellt werden
- Soziale Teilhabe ist für viele Menschen nicht mehr gewährleistet
- Bündnis mit dem DGB für soziale Gerechtigkeit
- Erwerbstätigenrente mit Beitragspflicht für alle

➤ Allgemeine Diskussion

Aus dem Plenum wurden Fragen aufgeworfen und diskutiert. Stichworte hierzu sind:

Agenda 2010 – Dämpfungsfaktoren – Benachteiligung von Frauen: Erziehungs- und Pflegezeiten – Lobbyismus – Zusatzbeiträge in der KV – Löhne und Produktivität – Aufklärung der „Jungen“ und der Zivilgesellschaft – Informationshoheit – Rentenreserven im Wohnungsbau anlegen – Allianzen bilden – gemeinsame Kundgebung / Großdemonstration zur Bundestagswahl in Berlin ...

Mein Fazit: Die Ziele sind gesetzt!



Region Hamburg
AK Senioren

➤ **Übereinstimmende Ziele bei allen Beteiligten:**

- Die gesetzliche Rentenversicherung (gRV) muss als Erwerbstätigenversicherung mit Beitragspflicht für alle auf neue, stabile Füße gestellt werden
- Die Sicherung des Lebensstandards im Alter muss wieder durch die gRV gewährleistet werden. Das Rentenniveau muss dazu wieder auf deutlich über 50% angehoben werden
- Betriebsrenten sind wünschenswert, funktionieren als “zweite Säule” aber nur, wenn sie arbeitgeberfinanziert und für alle Arbeitnehmer verbindlich über das gesamte Arbeitsleben hinweg verfügbar und renditegesichert gestaltet werden
- Die Riester-Rente hat sich als “dritte Säule” der Alterssicherung als unbrauchbar erwiesen und muss unter Vertrauensschutz für die Einleger abgeschafft werden
- Kapitalbasierende Systeme sind per se unsicher und deshalb lediglich als Zusatzversorgung akzeptabel. Deren Förderung ist der gRV zuzuführen.
- Das Renteneintrittsalter muss wieder in die Lebenswirklichkeit der Menschen zurückgeführt werden. - Die meisten Menschen können im Alter von 65+ nicht mehr arbeiten. Altersgerechte Beschäftigungsmöglichkeiten sind ohnehin nicht in ausreichender Zahl vorhanden

Mein Fazit: Gerechtigkeit ist finanzierbar!



Region Hamburg
AK Senioren

➤ **Übereinstimmende Meinung zur Finanzierbarkeit:**

Entgegen der veröffentlichten und von interessierten Kreisen geförderten Meinung, dass eine lebensstandardsichernde Rente mit 65 nicht finanzierbar sei, belegten die Teilnehmer die Finanzierbarkeit

- Die gRV muss zur Erwerbstätigenrente umgebaut werden, in die alle Erwerbstätigen paritätisch mit den Arbeitgebern einzahlen. Die bestehenden Versorgungseinrichtungen für Selbständige, Beamte und Politiker müssen grundgesetzverträglich in das System der gRV überführt werden. Die Beitragsbemessungsgrenze muss aufgehoben oder korrigiert werden
- Versicherungsfremde Leistungen müssen als Gemeinschaftsaufgabe komplett über Steuermittel finanziert werden. (Ostrentenangleichung, Mütterrente etc.)
- Die Subventionen zu privaten Vorsorgesystemen müssen in die gRV fließen
- Die Beiträge zur gRV können heute um 4% - nach den Plänen der Bundesregierung später bis zu 10 % - erhöht werden, ohne damit die Beschäftigten mehr zu belasten als heute schon vorgesehen. Durch die Beteiligung der Arbeitgeber würden die Beschäftigten sogar entlastet, da sie die Riester-Beiträge bisher allein einzahlen müssen.

Mein Fazit: Wir sind gefordert!



Region Hamburg
AK Senioren

➤ **Wir müssen die rentnerfeindliche Propaganda entlarven**

Anfang 2016 wurde die Altersarmut öffentlich thematisiert. Seither tauchen immer mehr Veröffentlichungen auf, die das Problem klein reden und einen Keil zwischen die Generationen treiben sollen.

Wir müssen dagegenhalten, aufklären und den Lobbyismus entlarven, der hinter dieser Propaganda steht! Das jetzige Rentensystem benachteiligt nicht nur uns, sondern viel mehr noch die nachfolgende Generation!

➤ **Wir müssen ein deutschlandweites Bündnis schließen**

Viele Vereine und Organisationen in Deutschland stimmen in der Bewertung der Rentensituation überein und propagieren weitgehend die selben Lösungen

Diese Energie müssen wir bündeln und gemeinsam auftreten!

➤ **Wir müssen die Politik zum Handeln antreiben**

Die Politiker direkt ansprechen – Öffentlichkeitsarbeit betreiben – Kundgebungen organisieren. Wir müssen unüberhörbar werden und klipp und klar kommunizieren:

„Wer Rentner quält, wird nicht gewählt!“